

HEUTE MIT: Axel Brammer (57) | SPD | Drucker |
Wohnort: Hatten | Wahlkreis 64, Oldenburg-Land

Bis kurz vor der Landtagswahl am 20. Januar präsentiert das dk täglich mindestens einen Fragebogen, in dem die Kandidatinnen und Kandidaten politische und persönliche Fragen beantworten. Am Samstag, 19. Januar, können unsere Leserinnen und Leser die politischen Statements dann noch einmal in einer doppelseitigen Übersicht miteinander vergleichen.

Von Magdalena Hilgefert und Martin Teschke

Von welchen Ihrer bisherigen politischen Leistungen werden Sie noch Ihren Enkeln erzählen können?

Ich habe maßgeblich dazu beigetragen, dass im Landtag das Thema Frühkindliche Bildung auf die Tagesordnung gekommen ist. Dazu gehört die dritte Kraft in den Krippen, die Erhöhung der Verfügungsstunden für die Fachkräfte und die Verkleinerung der Gruppengrößen. Nach dem 20. Januar werden wir diese Forderungen nacheinander umsetzen.

Mal ehrlich: Was wäre Ihnen im politischen Leben besser nicht passiert?

Bei meiner Arbeit als Landtagsabgeordneter fällt mir da nichts ein. In der Kommunalpolitik im Kreistag war ich seinerzeit gegen die Schaffung der Optionskommune. Ich war glücklicherweise mit meiner Meinung in der Minderheit.

Wie wollen Sie verhindern, dass wir Bürgerinnen und Bürger am Ende allein auf den Nebenkosten der Energiewende sitzen bleiben?

Darauf bleiben wir alle sowieso sitzen. Wenn es die Verbraucher nicht direkt bezahlen, zahlen wir es über die Steuer. Wichtig ist, dass wir damit gerecht umgehen und nicht wieder die Kleinen die Zeche zahlen. Ich habe den Eindruck, das ist politisch gewollt, um zukünftig eine größere Akzeptanz für den Ausstieg aus dem Ausstieg zu bekommen. Die AKW sind ja noch betriebsbereit.

Welche Folgen hat die künftige, neue Bundesstraße B 212 für die Region? Was wollen Sie tun, um eine zusätzliche Verkehrsbelastung für die Gemeinden in Ihrem Wahlkreis zu vermeiden?

Die B 212 sollte eigentlich eine entlastende Wirkung haben. Der geplante Wesertunnel braucht jedoch aufgrund der Mautfinanzierung hohe Verkehrszahlen. Zunächst muss aber erst einmal geklärt werden, was wir als Politik eigentlich bewirken können. Zurzeit fühle ich mich wie alle anderen auch, gehörig „hinter die Fichte“ geführt. Ich habe Wirtschaftsminister Bode aufgefordert, dazu noch vor der Wahl Stellung zu beziehen.

Die Schere zwischen Arm und Reich klafft immer weiter auseinander. Sind Sie für den Mindestlohn, um soziale Härten abzufedern?

Selbstverständlich bin ich für den Mindestlohn. Ich bin auch dafür, dass Leiharbeiter das gleiche verdienen wie ihre Kollegen am Nachbararbeitsplatz, und ich bin dafür, dass die Möglichkeit von Werkverträgen nicht für Lohndrückerei missbraucht wird. Und wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir mit der Maßlosigkeit in einigen Manageretagen umgehen.

Die Eurokrise drückt auf die Konjunktur. Wie wollen Sie die Betriebe vor Ort fit machen?

Bisher hat die deutsche Konjunktur die Krise in Europa am besten überstanden. Notfalls kommen wir an Konjunkturpaketen nicht vorbei. Das geht aber nicht mit einer Schuldenbremse im Jahr 2017.

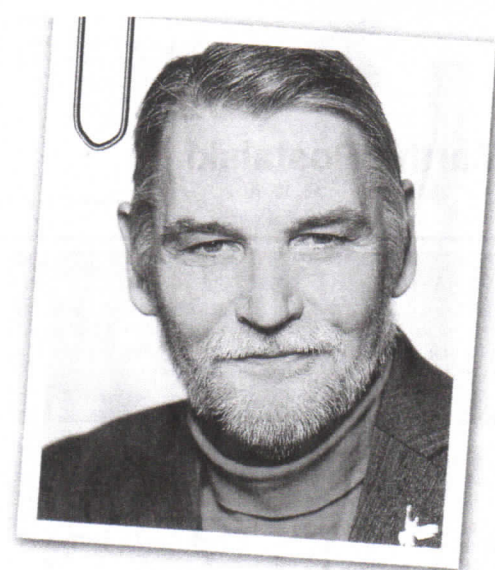
Jeder schimpft auf das Bildungssystem. Sie auch?

Niedersachsen steht im Vergleich ganz weit hinten. Das fängt in den Kindertagesstätten an, ich habe das schon erwähnt. Unsere Grundschulen müssen verstärkt zu Ganztagschulen ausgebaut werden. Gesamtschulen müssen auch vierzünftig sein dürfen, damit die Fläche nicht abgehängt wird. Im Zuge des demografischen Wandels können wir uns nicht erlauben, dass jemand verlorenght.

Ausgerechnet in Niedersachsen schrumpft die Bevölkerung im westdeutschen Vergleich am stärksten. Wie wollen Sie den Niedersachsen wieder Lust auf Kinder machen?

Wir brauchen Arbeitsbedingungen mit Zukunftsperspektiven. Eltern, die Kinder und Arbeit haben, müssen das stressfrei bewältigen können. Wir brauchen deshalb in den Kommunen vernünftige kinderfreundliche Rahmenbedingungen. Dazu gehören beispielsweise Kindertagesstätten und Schulen, die gut erreichbar sind. Dazu gehört auch ein gut ausgebauter ÖPNV.

Niedersachsens Krankenhäuser leiden unter hohem Kostendruck. Müssen wir Patienten künftig längere Wege einplanen?



Hier haben Politik und Kassen ein hohes Maß an Verantwortung. Ich glaube, dass durch Kostendruck unser Gesundheitssystem nicht besser wird. Längere Wege können wir mit Blick auf unser zurzeit noch funktionierendes Rettungswesen überhaupt nicht dulden. Vor allem geht jeder Kostendruck immer über das Kreuz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich glaube, da ist die Schallgrenze längst erreicht, eher überschritten.

Was wollen Sie tun, um die enorm wachsende Zahl von Biogasanlagen und Stallbauten in Ganderkesee und im Landkreis einzudämmen?

Wir brauchen dringend eine Änderung des § 35 im Bundesbaugesetz. Daneben sind insbesondere die Gemeinden gefordert, entsprechende Flächennutzungspläne aufzustellen. Das geht aber nur in Zusammenarbeit mit den betroffenen Landwirten. Ich kann mir vorstellen, dass auch die Landwirte an einer verlässlichen Regelung interessiert sind. Der Flächendruck führt zu unvermeidbaren Notsituationen.

Es gibt so viele Berufe, in denen man etwas für die Menschen bewegen kann. Warum muss es denn ausgerechnet die Politik sein?

Das ist Zufall. Von Beruf bin ich Drucker. Neben dieser Arbeit habe ich fast 25 Jahre ehrenamtlich als Jugendleiter und Schriftführer in einem Sportverein gearbeitet. Über die zusätzliche Arbeit im örtlichen Gemeindejugendring und in der Gewerkschaft bin ich in die Politik gekommen. Sie sehen, ich habe in anderen Bereichen schon meine Erfahrungen gesammelt, die mir bei der heutigen Arbeit sehr helfen.

Wie lautet Ihr wichtigstes Wahlversprechen? Und wer soll das bezahlen?

Menschen die schwer arbeiten, müssen von ihrem Lohn leben können. Es gibt Mitbürger, die verdienen so wenig, dass sie noch zusätzlich auf staatliche Leistungen angewiesen sind. Das ist unverantwortlich. Ich will mehr Gerechtigkeit und das müssen alle bezahlen, insbesondere die mit den dickeren Brieftaschen.